



Titel des Films: Autokraten – Brexit – Schuldenkrise – Europas Demokratie in Gefahr?

Thema der Unterrichtssequenz: Der Brexit und seine Folgen – eine (vorläufige) Bilanz

Schularten: Wirtschaftsschule, Realschule, Gymnasium, FOS/BOS

Fach / Fächergruppe: Sozialkunde, Soziallehre, PuG

Jahrgangsstufen: 10, 11, 12, 13

Zeitumfang: 45 min

Fächerübergreifende Bildungsziele: Politische Bildung, Medienbildung/Digitale Bildung

📺 Sequenzen Film:

Minute	Inhalt
1.) 0:00 – 0:48	Frage nach der Herkunft → Umfrage am Münchner Flughafen → die Mehrheit sieht sich als Deutscher/Bayer/Münchner → Fazit: „Europäer“ nicht als primäre Identität
2.) 0:29 – 2:26	Herausstellen der wertvollen gesamteuropäischen Errungenschaften/Grundprinzipien: Rechtsstaatlichkeit, (Reise-) Freiheit, (70 Jahre) Frieden und Wohlstand → Interview mit dem Schauspieler John Friedmann = Mitglied des ehemaligen Komikerduos Erkan & Stefan, überzeugter Europäer
3.) 2:27 – 3:43	Probleme der EU → Umfrage am Münchner Flughafen → „Flüchtlingskrise“, Wirtschafts- und Finanzkrise, „Brexit“, „kleine Diktaturen“ in Polen und Ungarn
4.) 3:43 – 8:14	Autokratische Tendenzen in Polen → Kurzdarstellung der Entwicklungen in Polen + kritische Analyse durch eine dt.-poln. Juristin im Interview → Grundaussagen: Aufhebung der Gewaltenteilung und Kriminalisierung der Darstellung historischer Wahrheiten → neu erwachter Nationalismus und Ablehnung der EU → populistisches Schüren der Angst vor EU-Regulierung und Überfremdungsangst → positive Entwicklungen durch die EU werden als Selbstverständlichkeit gesehen bzw. nicht mehr beachtet → überblicksartige Darstellung, welche Vorteile die EU Polen in den letzten 15 Jahren gebracht hat
5.) 8:14 – 10:18	Was ist Populismus? → Definition des Begriffs durch kurze Erklärungssequenz
6.) 10:18 – 21:21	„Brexit“ → Hintergründe und Abläufe des Beitritts und Austritts aus der EU anhand von kleinen Erklärungssequenzen → Interviews mit Betroffenen aus München und Manchester, die ihre Gefühle angesichts des und ihre Gründe für den Brexit nennen → Erklärsequenz, in der die Gründe und Fakten gegenübergestellt werden
7.) 21:21 – 27:19	Schuldenkrise in Griechenland → Interview mit einem Münchner Taxifahrer griechischer Herkunft → Nennen einiger Gründe für die Krise → Vertiefung durch kurzen Einspieler → Interview mit einer griechisch-deutschen Münchner Band zur Lage in Griechenland und der EU im Speziellen
8.) 27:19 – 27:49	Fazit → EU in der Krise → unklare Zukunftsaussichten

📖 Sachinformation:

Brexit, der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU nach mehr als 40 Jahren Mitgliedschaft, ist am 01.01.2021 tatsächlich Realität geworden. Am 23. Juni 2016 hatten die Briten bei einem Referendum mit rund 52 Prozent der Stimmen für den Brexit gestimmt. Dem vorangegangen war eine seit dem Beitritt 1973 stetig vorhandene EU-Skeptik unter der britischen Bevölkerung. In ihrer „splendid isolation“ als vom Kontinent losgelösten Insel, konnten sich manche Briten emotional nicht mit einer Bindung an die EU identifizieren. Dazu kamen handfeste Vorbehalte: vermeintliche Regulierungswut der europäischen Institutionen und die finanzielle Belastung durch die Abgabenlast, wie auch die steigende Migration durch die Flüchtlingskrise. Diese Aspekte verfielen gerade bei einer weniger gebildeten, ländlichen, älteren und konservativen Klientel. Auch hier haben populistische Agitatoren aus dem nationalistischen Lager der UKIP oder Teilen der Tories die öffentliche Stimmung letztlich zugunsten eines Austritts beeinflusst.

Großbritannien wollte ursprünglich am 29. März 2019 die EU verlassen. Doch die Brexit-Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und Großbritannien kamen monatelang kaum vom Fleck. Trotz der vorläufigen Einigung auf ein Austrittsabkommen im November 2018 war die Gefahr noch groß, dass es zu einem harten Brexit kommen würde. Da das britische Unterhaus dem mit der EU ausgehandelten Austrittsvertrag mehrfach nicht zustimmte, musste die britische Premierministerin Theresa May die EU wiederholt um eine Verschiebung des Brexits bitten. Nach dem Rücktritt von Premierministerin Theresa May stellte sich die neue britische Regierung unter Premierminister Boris Johnson zunächst auf einen harten Brexit ohne Abkommen mit der Europäischen Union ein. Bis dahin hatte das Parlament allerdings gegen einen Austritt ohne Abkommen gestimmt.

Nach dem deutlichen Wahlsieg der Tories bei der Parlamentswahl 2019 war klar: Der Brexit würde kommen. Premierminister Boris Johnson brachte schließlich das von ihm mit Brüssel ausgehandelte Brexit-Abkommen durch das Parlament und konnte damit Großbritannien aus der Europäischen Union führen. In einer Übergangsphase nach dem Brexit blieb Großbritannien bis Ende 2020 im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion, um einen harten Schnitt für die Wirtschaft zu vermeiden. In letzter Minute hatten Brüssel und London am 24. Dezember 2020 ihr Handelsabkommen für die Zeit nach der Brexit-Übergangsphase über die Ziellinie gebracht. Großbritannien ist damit seit dem 1. Januar 2021 nicht mehr Teil des Binnenmarktes, das Vereinigte Königreich ist nun ein Drittstaat.

Nie zuvor wurden derart umfassende Abkommen der Europäischen Union mit einem Drittstaat in so kurzer Zeit verhandelt. Die drei Abkommen sind: Handels- und Kooperationsabkommen, Zusammenarbeit bei ziviler Kernenergie, Informationssicherheit. Das Handels- und Kooperationsabkommen begründet eine umfassende Wirtschaftspartnerschaft. Diese beruht auf einem Freihandelsabkommen, das weder Zölle noch Quoten vorsieht und damit bedeutende Handelshemmnisse abwendet. Außerdem haben beide Seiten weitreichende Regelungen vereinbart, um einen fairen Wettbewerb zu garantieren. Dies betrifft den Bereich der staatlichen Beihilfen ebenso wie das Wettbewerbsrecht und Standards im Verbraucherschutz, Arbeitnehmerschutz, Umwelt- und Klimabereich. Auch eine durchsetzungskräftige Streitbeilegung wurde vereinbart, mit dem Recht, Sanktionen zu verhängen. Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich haben sich in vielen Feldern über den Rahmen der künftigen Kooperation geeinigt: beispielsweise bei Waren, Dienstleistungen, Berufsqualifikationen, geistigem Eigentum, öffentlicher Beschaffung, Umwelt- und Energiefragen, Luft-, See- und Schienengüterverkehr sowie Regelungen zu Sozialversicherung sowie Forschung und Entwicklung. Das Vereinigte Königreich wird sich zudem als Drittstaat an einer Reihe von EU-Programmen beteiligen. Die langfristigen Folgen dieser Abkommen bzw. generell des Austritts sind noch nicht vollständig abzuschätzen, jedoch lassen erste Erkenntnisse bereits einen Schluss zu: für beide Seiten bedeutet der Austritt des Vereinigten Königreichs nichts Gutes. Viele Aspekte zeigen, wie es seitdem auf beiden Seiten knirscht (vgl. Erwartungshorizont).

Methodische Überlegungen:

Die Filmsequenz zum Brexit kann als Basis einer 45-minütigen Stunde dienen, da darin die Abläufe zum Austritt wie auch Gründe und die darauf aufbauende Kampagne erläutert werden. Im Lehrer-Schüler-Gespräch werden die geschilderten Aspekte reflektiert, offene Fragen dazu geklärt bzw. weitere (fehlende) Aspekte ergänzt. Die Lehrkraft kann dabei durch weiteres Material Wissenslücken schließen bzw. einen Überblick schaffen. Im Anschluss daran sollen die Schülerinnen und Schüler herausfinden, welche Folgen der Brexit für das Vereinigte Königreich einerseits und für die EU/Deutschland andererseits

hatte. Dazu recherchieren die Schülerinnen und Schüler eigenständig im Netz und befüllen mit ihren Ergebnissen das von der Lehrkraft bereitgestellte Arbeitsblatt/die bereitgestellte Maske. Dabei kann wiederum gruppenarbeitsteilig zwischen den Folgen für das UK einerseits und den Folgen für die EU/Deutschland andererseits unterschieden werden. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengetragen und diskutiert. Ganz wichtig ist hierbei auch der Verweis auf die jeweiligen Quellen und die damit verbundene Quellenkritik.



Angestrebter Kompetenzerwerb:

- Die Schülerinnen und Schüler informieren sich über die Entstehung und Struktur der Europäischen Union, um die friedensstiftende Wirkung dieses politischen Zusammenschlusses zu beurteilen und aktuelle Herausforderungen zu diskutieren. (WS, 10, GpuG)
- Sie reflektieren vor dem Hintergrund von EU-Entscheidungen und möglichen Perspektiven zur Weiterentwicklung der Union die Vereinbarkeit nationaler und supranationaler Ansprüche innerhalb der EU. (RS, 10, Soziallehre)
- Sie nutzen ihr Wissen über soziale und wirtschaftliche Entwicklungen einer Weltregion, um sich deren Folgen bewusst zu machen, sowohl für verschiedene Gruppen innerhalb der Weltregion als auch für die Staatengemeinschaft insgesamt. (BOS, 13, Sk)



Stundenverlauf im Überblick

Zeit	Inhalt	Sozialform	Material
15 min	Hinführung: Hintergründe zum Brexit	Lehrer-SuS-Gespräch (LSG)	Video → 6. Sequenz
20 min	Erarbeitung und Sicherung: Die SuS erarbeiten gruppenarbeitsteilig eine Bilanz des Brexit → für UK bzw. EU/D	LSG, arbeitsteilige Gruppenarbeit	AB PC o. Ä. ! Mehrere Geräte notwendig!
10 min	Präsentation und Reflexion: Präsentation der Ergebnisse → Diskussion und Versuch eines vorläufigen Fazits	SuS-Vortrag, SuS-Gespräch bzw. LSG	PC o. Ä. mit Beamer



Benötigtes Material:

- Film des Bayerischen Rundfunks (BR) aus der Reihe „Respekt“: Autokraten – Brexit – Schuldenkrise – Europas Demokratie in Gefahr? → <https://www.br.de/mediathek/video/respekt-demokratie-einfach-erklart-europas-demokratie-in-gefahr-av:5c41b1c5b4cdf9001c05ac01>
- Arbeitsblatt/Maske zum Befüllen
- Pcs/Tablets/Laptops + Beamer

Aufgabe

1. **Recherchiere online, welche Folgen der Brexit für das Vereinigte Königreich und die EU bzw. Deutschland hatte.**
2. **Stelle Deine Ergebnisse unter Angabe der Quellen kritisch dar und versuche ein vorläufiges Fazit zu ziehen.**



Erwartungshorizont:

Folgen für UK:

- Wie die Statistikbehörde des Landes mitteilte, sanken die Exporte von Gütern des Landes in die EU im Januar 2021 verglichen mit Dezember 2020 um 41 Prozent.
- Seit Ende März 2021 kam es in In einigen Städten Nordirlands zu gewaltsamen Ausschreitungen. Die Auseinandersetzungen stehen im Zusammenhang mit der schon seit langem anhaltenden Kritik am sogenannten „Nordirland-Protokoll“. Das Protokoll sieht vor, dass zwischen der britischen Provinz Nordirland und dem EU-

Mitglied Irland keine Zollkontrollen eingeführt werden. Stattdessen soll zwischen Großbritannien und Nordirland kontrolliert werden, prinzipiell an einer imaginären Grenze, die in der Irischen See liegt. De facto finden diese Kontrollen in den Häfen statt.

- Im September 2021 kam es nun zu einer ausgemachten Benzinkrise. Da mittlerweile in Großbritannien über 100.000 Kraftfahrer fehlen, die Arbeitsbedingungen immer schlechter werden, Staus und Bürokratie die Situation erschweren.
- So kam es zu massiven Lieferengpässen, viele Regale großer Supermarktketten standen wochenlang leer, tagelang standen die Menschen in Schlangen, um noch etwas Benzin zu ergattern. Teilweise mussten die Bauern Lebensmittel vernichten, da es nicht hinreichend LKWs gab, welche die Produkte in den Handel liefern konnten.
- Wegen fehlender Pflegekräfte bekommen tausende Pflegebedürftige keinen Platz in einem Heim.
- Im Februar 2022 haben britische Parlamentarier eine kritische Bilanz des Brexits gezogen und vor weiteren Folgen gewarnt. Die „einzigen feststellbaren Auswirkungen“ des Brexits auf britische Unternehmen sind „höhere Kosten, mehr Bürokratie und Verzögerungen an den Grenzen“ stellte der Rechenschaftsausschuss in seinem Bericht fest.
- Nach Berechnungen der EU-Kommission drückt der Brexit das Wirtschaftswachstum. Im Vereinigten Königreich beträgt das Minus demnach 2,25 Prozent.

Folgen für die EU/D:

- Rückgang der Exporte aus der EU nach Großbritannien um 29 Prozent im Januar 2021 verglichen mit Dezember 2020.
- Der Fischererstreit in den Gewässern zwischen Großbritannien und Frankreich ist schon seit längerem im Gange. Im Streit geht es darum, wie viel ausländische Fischer nach dem Brexit in den Gewässern fangen dürfen. Im Oktober 2021 kam es dazu, dass Frankreich ein britisches Fischerboot wegen angeblich fehlender Lizenzen festsetzte. Das löste eine massive diplomatische Krise aus.
- Doch nicht nur die britische, auch die deutsche Wirtschaft leidet unter dem Brexit. So fühlen sich viele deutsche Unternehmen im Vereinigten Königreich diskriminiert. 43 Prozent klagten, dass es Handelsbarrieren gebe oder einheimische Mitbewerber bevorzugt würden. Dies ergab eine Sonderauswertung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) zu einer Umfrage unter 3200 im Ausland tätigen deutschen Firmen.
- War das Vereinigte Königreich 2016 noch der dritt wichtigste deutsche Exportmarkt, ist es mittlerweile auf den achten Platz abgesackt. Ähnliches gilt für den Handel innerhalb der EU. Nach Berechnungen der EU-Kommission drückt der Brexit das Wirtschaftswachstum in der Gemeinschaft bis Ende 2022 um 0,5 Prozent. Im Vereinigten Königreich beträgt das Minus demnach 2,25 Prozent.
- Hinzu kommen neue Sorgen. Seit 1. Januar 2022 kontrolliert Großbritannien Einfuhren aus der EU genau kontrollieren. „Das wird im Endeffekt auch dazu führen, dass das Vereinigte Königreich weiter abgekoppelt wird von der kontinentaleuropäischen Wirtschaft“, sagte Ulrich Hoppe, der Chef der Deutsch-Britischen Industrie- und Handelskammer (AHK) in London.

<https://www.morgenpost.de/politik/article234192487/eu-grossbritannien-brexit-folgen-wirtschaft.html>

<https://www.lpb-bw.de/brexit#c66079>

<https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/100-tage-brexit-deutschland-100.html>

Weiterführende Informationen und Links:

<https://www.lpb-bw.de/brexit>

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/335261/vor-5-jahren-grossbritannien-stimmt-fuer-den-eu-austritt/>

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/325314/brexit-handelsabkommen-zwischen-der-eu-und-dem-vereinigten-koenigreich/>